


3-7-w_AN	DSB, DSK	Datenschutzinformation für Hinweisgeber <i>Data protection information for whistleblower</i>	
Version: 20.12.2023; V1			

BioConsult SH GmbH & Co.KG

Schobüller Str. 36
D-25813 Husum
Tel: +49 (0) 48 41 77937 10
Fax: +49 (0) 48 41 77937 19
Email: info@bioconsult-sh.de

Datenschutzinformation zur Erfüllung der Transparenzpflichten nach der DSGVO

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. Wir verarbeiten Ihre Daten daher ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz – BDSG n. F.). In diesen Datenschutzinformationen informieren wir Sie über die wichtigsten Aspekte der Datenverarbeitung. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach dem jeweiligen Vertrag / Auftrag.

Kapitel I – Datenverarbeiter

§ 1 Anbieter und Verantwortliche Stelle¹

Anbieter und Verantwortliche Stelle im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist:

BioConsult SH GmbH & Co.KG

Schobüller Str. 36
D-25813 Husum
Tel: +49 (0) 48 41 77937 10
Fax: +49 (0) 48 41 77937 19
Email: info@bioconsult-sh.de

§ 2 Datenschutzbeauftragter²


Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten lauten

Karsten Klug

Rechtsanwalt und
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Externer Datenschutzbeauftragter (TÜV zert.)
elblaw Rechtsanwälte
Kaiser-Wilhelm-Str. 93
20355 Hamburg
T: +49 (40) 411 89 38 - 28
F: +49 (40) 411 89 38 - 37
klug@elblaw.de
www.elblaw.de
www.anwalt-arbeitsrecht-online.de

¹ Art. 13 Abs. 1 lit. a) und Art. 14 Abs. 1 lit. a) DSGVO.

² Art. 13 Abs. 1 lit. b) und Art. 14 Abs. 1 lit. b) DSGVO

3-7-w_AN	DSB, DSK	Datenschutzinformation für Hinweisgeber Data protection information for whistleblower	
Version: 20.12.2023; V1			

Kapitel II – Verarbeitungsrahmen

§ 3 Zwecke und Rechtsgrundlagen³

(1) Wir verarbeiten personenbezogene Daten von Hinweisgebern im Einklang mit den Bestimmungen der DSGVO und dem BDSG:

- a) Rechtliche Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO
Einrichtung eines Hinweisgebersystems aufgrund des HinSchG.
- b) Im Rahmen der Interessensabwägung nach Art. 6 Abs. 1 f DSGVO. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt zur Wahrung berechtigter Interessen⁴ des Verantwortlichen oder eines Dritten, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern überwiegen, insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt. „Dritter“ ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, außer der betroffenen Person, dem Verantwortlichen, dem Auftragsverarbeiter und den Personen, die unter der unmittelbaren Verantwortung des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters befugt sind, die personenbezogenen Daten zu verarbeiten. Bei den berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten handelt es sich um:
 - (1) Verhinderung und Aufklärung von Straftaten,
 - (2) Schutz von Beschäftigten (z.B. Arbeits- und Gesundheitsschutz, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz).
 - (3) Verhaltensweisen, die unternehmensinterne Ethikregeln beeinträchtigen
- c) Aufgrund Ihrer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit a) DSGVO. Gleichwohl kann die Verarbeitung personenbezogener Daten für firmeninterne Warnsysteme aufgrund der Rechtsvorschriften des Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO und des § 26 Abs. 1 Satz 2 BDSG grundsätzlich nicht auf die Einwilligung gestützt werden, sondern nur auf diese Vorschriften. Einzige Ausnahme ist die Einwilligung einer Hinweisgeberin oder eines Hinweisgebers, soweit die betroffene Person ihre Identität gewollt oder bewusst dem Arbeitgeber oder der externen Stelle preisgegeben möchte. In Fällen in den andere Personen (z.B. Beschuldigte, Zeugen) durch Hinweisgeber genannt werden, müssen diese über die Identität der Hinweisgeberin oder des Hinweisgebers grundsätzlich spätestens einen Monat nach der Meldung informiert werden muss (Art. 14 Abs. 3 lit. a DS-GVO). Wenn die Hinweisgeberin oder der Hinweisgeber trotz dieser Hinweise ihre Identität bewusst und gewollt preisgeben möchte und die Angaben verarbeitet werden sollen, kommt eine Einwilligung dieser Person in Frage. Daher ist die betroffene Person vor der Einwilligung über ihr Recht nach Art. 7 Abs. 2 DS-GVO in Kenntnis zu setzen, dass sie die Einwilligung widerrufen kann, dies jedoch nur bis zu einem Monat nach erfolgter Meldung wirksam möglich ist.
- d) spezifischere Vorschrift im Sinne des Art. 88 DS-GVO ist § 26 Abs. 1 Satz 2 BDSG (Aufdeckung von Straftaten im Beschäftigungskontext).

§ 4 Datenquellen und Datenkategorien⁵

(1) Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen Ihrer Kontaktaufnahme durch unser Hinweisgebersystem erhalten haben.

(3) Relevante personenbezogene Daten sind Personalien (Name, Adresse und andere Kontaktdaten).


§ 5 Speicherdauer⁶

³ Art. 13 Abs. 1 lit. c) und Art. 14 Abs. 1 lit. c) DSGVO

⁴ Art. 13 Abs. 1 lit. d) und Art. 14 Abs. 2 lit. b) DSGVO - Die berechtigten Interessen sind konkret zu bezeichnen.

⁵ Art. 14 Abs. 1 lit. d) DSGVO (Datenkategorie) und Art. 14 Abs. 2 lit. f) DSGVO (Datenquelle)

⁶ Art. 13 Abs. 2 lit. a) und Art. 14 Abs. 2 lit. a) DSGVO

3-7-w_AN	DSB, DSK	Datenschutzinformation für Hinweisgeber	
Version: 20.12.2023; V1		Data protection information for whistleblower	

Wir verarbeiten und Speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung des HinSchG. Grundsätzlich sollten Daten innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss der Untersuchung gelöscht werden. Eine darüber hinausgehende Speicherung ist nur für die Dauer der Klärung erforderlicher weiterer rechtlicher Schritte wie Disziplinarverfahren oder Einleitung von Strafverfahren zulässig. Personenbezogene Daten im Zusammenhang mit Meldungen, die von der Organisationseinheit, die für die Bearbeitung der Meldung zuständig ist, als grundlos erachtet werden, sollten unverzüglich gelöscht werden.

§ 6 Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Hinweisgeber*innen haben grundsätzlich die freie Wahl, ob sie sich an eine interne Meldestelle oder an eine externe Meldestelle der Behörden wenden. Sie sollten in den Fällen, in denen intern wirksam gegen den Verstoß vorgegangen werden kann und sie keine Repressalien befürchten, die Meldung an eine interne Meldestelle bevorzugen.

Unsere internen Meldekanäle sind nicht vollständig anonym (Email oder per Nachricht auf einem Anrufbeantworter). Eingehende Nachrichten werden durch zwei Mitarbeiter*innen („Meldestellen-Beauftragte“) entgegengenommen und bearbeitet. Die Vertraulichkeit der Hinweisgeber*innen sowie Dritter wird geschützt (§ 8 HinSchG).

§ 7 Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Es findet keine vollautomatisierte automatische Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Eine automatisierte Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten mit dem Ziel bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten (Profiling, Art. 4 Nr. 4 DSGVO) findet bei uns nicht statt.

Kapitel III – Weitergabe von Daten und Auslandsbezug

§ 8 Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(1) Innerhalb unseres Unternehmens erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung des Hinweisgeberschutzsystems brauchen. Auch von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen können zu diesem Zweck Daten erhalten, wenn diese die geltenden Verschwiegenheitspflichten wahren. Dies sind Unternehmen in den Kategorien IT-Dienstleistung.

(2) Die Vertraulichkeit der Hinweisgeber*innen sowie Dritter wird geschützt (§ 8 HinSchG). Akteneinsichtsrechte in einem etwaigen Strafverfahren bleiben unberührt. Personenbezogene Daten der beschuldigten Person können nach Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO in Verbindung mit § 24 Abs. 1 Nr. 1, letzte Alternative BDSG zur Verfolgung von Straftaten übermittelt werden.

(3) Weitere Datenempfänger können diejenigen Stellen sein, für die Sie uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben.


§ 9 Drittstaatentransfer

(1) Eine Datenübermittlung an Stellen außerhalb der Europäischen Union (sogenannte Drittstaaten) findet statt, soweit dies zur Ausführung des Vertragsverhältnisses erforderlich ist, dies gesetzlich vorgeschrieben ist oder Sie uns Ihre Einwilligung dafür erteilt haben.

Kapitel IV – Betroffenenrechte

§ 10 Besondere Datenschutzrechte

(1) Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO. Jede betroffene Person hat das Recht zum Widerspruch nach Art. 21 DSGVO.

3-7-w_AN	DSB, DSK	Datenschutzinformation für Hinweisgeber	
Version: 20.12.2023; V1		Data protection information for whistleblower	

(2) Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).


(3) Nach Art. 15 DS-GVO hat die betroffene Person, sowohl die Hinweisgeberin oder der Hinweisgeber als auch die beschuldigte Person, Anspruch auf Auskunft der zu ihrer Person gespeicherten Daten, auch soweit sie sich auf Herkunft und Empfänger beziehen. Der Auskunftsanspruch der beschuldigten Person kollidiert hinsichtlich der Identität der meldenden Person grundsätzlich mit einer für das Meldeverfahren vorgesehenen anonymen Meldung. Allerdings besteht keine Auskunftsverpflichtung, wenn diese durch Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten zur Verhütung oder Aufdeckung von Straftaten oder zum Zweck des Schutzes der betroffenen Person oder Rechte und Freiheiten anderer Personen beschränkt wird (Art. 23 Abs. 1 lit. d und lit. i DS-GVO). Diese Beschränkung regelt § 29 Abs.1 Satz 2 BDSG, wonach das Recht auf Auskunft nicht besteht, soweit durch die Auskunft Informationen offenbart würden, die wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten geheim gehalten werden müssen.

§ 11 Beschwerderecht

Über die bisherigen Hinweise hinaus, haben Sie ein Beschwerderecht bei einer zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG).

§ 12 Widerruf der Einwilligung

- (1) Die erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie uns gegenüber widerrufen (Recht nach Art. 7 Abs. 2 DS-GVO). Da die beschuldigte Person über die Identität der Hinweisgeberin oder des Hinweisgebers grundsätzlich spätestens einen Monat nach der Meldung informiert werden muss (Art. 14 Abs. 3 lit. a DS-GVO), kann die hinweisgebende Person ihre Einwilligung widerrufen, dies ist jedoch nur bis zu einem Monat nach erfolgter Meldung wirksam möglich. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DSGVO, also vor dem 25.05.2018, uns gegenüber erteilt worden sind.
- (2) Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

3-7-w_AN	DSB, DSK	Datenschutzinformation für Hinweisgeber Data protection information for whistleblower	
Version: 20.12.2023; V1			

Information ⁷ über Ihr Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO

§ 1 Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht

(1) Sie haben nach Art. 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die auf Grund von Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) und Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessensabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf dieser Bestimmung beruhendes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

(2) Legen Sie Widerspruch ein, werden Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeitet, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

§ 2 Widerspruchsrecht gegen eine Verarbeitung von Daten für Zwecke der Direktwerbung

(1) In Einzelfällen verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten, um Direktwerbung zu betreiben. Sie haben das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen.


(2) Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeiten.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst gerichtet werden an:

BioConsult SH GmbH & Co.KG
– Widerspruch Datenschutz –
Schobüller Str. 36
D-25813 Husum

Die alleinverbindliche Sprache ist Deutsch. Die englische Übersetzung dient ausschließlich Informationszwecken und wird auf den nachfolgenden Seiten zur Verfügung gestellt. The sole binding language is German. The English translation is for information purposes only and is provided on the following pages.

⁷ Art. 21 Abs. 4 DSGVO - Hinweis muss in getrennter Form erfolgen.

3-7-w_AN	DSB, DSK	Datenschutzinformation für Hinweisgeber Data protection information for whistleblower	
Version: 20.12.2023; V1			

BioConsult SH GmbH & Co.KG

Schobüller Str. 36
D-25813 Husum
Tel: +49 (0) 48 41 77937 10
Fax: +49 (0) 48 41 77937 19
Email: info@bioconsult-sh.de

**Data protection information
to fulfil the transparency obligations
according to the DSGVO**

The protection of your personal data is of particular concern to us. We therefore process your data exclusively on the basis of the statutory provisions (General Data Protection Regulation - DSGVO and the Federal Data Protection Act - BDSG n. F.). In this data protection information, we inform you about the most important aspects of data processing. Which data is processed in detail and how it is used depends largely on the respective contract / order.

Chapter I - Data Processor

§ 1 Provider and responsible body⁸

The provider and responsible body within the meaning of Art. 4 No. 7 DSGVO is:

BioConsult SH GmbH & Co.KG
Schobüller Str. 36
D-25813 Husum
Tel: +49 (0) 48 41 77937 10
Fax: +49 (0) 48 41 77937 19
Email: info@bioconsult-sh.de


§ 2 Data Protection Officer⁹

The contact details of the data protection officer are

Karsten Klug
Lawyer and
Specialist lawyer for labour law
External data protection officer (TÜV certified)
elblaw attorneys at law
Kaiser-Wilhelm-Str. 93
20355 Hamburg
T: +49 (40) 411 89 38 - 28
F: +49 (40) 411 89 38 - 37
klug@elblaw.de
www.elblaw.de
www.anwalt-arbeitsrecht-online.de

⁸ Art. 13 para. 1 lit. a) and Art. 14 para. 1 lit. a) DSGVO.

⁹ Art. 13 para. 1 lit. b) and Art. 14 para. 1 lit. b) DSGVO

3-7-w_AN	DSB, DSK	Datenschutzinformation für Hinweisgeber Data protection information for whistleblower	
Version: 20.12.2023; V1			

Chapter II - Processing Framework

§ 3 Purposes and legal basis¹⁰

- (1) We process the personal data of whistleblowers in accordance with the provisions of the GDPR and the BDSG.
- a) For the fulfilment of contractual obligations according to Art. 6 para. 1 lit c) DSGVO. Establishment of a whistleblower system based on the HinSchG.
 - b) Within the framework of the balancing of interests pursuant to Art. 6 para. 1 f DSGVO. The processing of personal data is carried out for the purposes of legitimate interests¹¹ of the controller or a third party, unless such interests are overridden by the interests or fundamental rights and freedoms of the data subject which require the protection of personal data, in particular where the data subject is a child. "Third party" means a natural or legal person, public authority, agency or other body, other than the data subject, the controller, the processor and the persons authorised to process the personal data under the direct responsibility of the controller or the processor. The legitimate interests of the controller or a third party are:
 - (1) Prevention and investigation of criminal offences,
 - (2) Protection of employees (e.g. occupational health and safety, General Equal Treatment Act).
 - (3) Behaviour that compromises the company's internal ethical rules
 - c) Based on your consent according to Art. 6 (1) lit a) DSGVO. Nevertheless, the processing of personal data for internal company warning systems cannot be based on consent due to the legal provisions of Art. 6 para. 1 lit. f GDPR and Section 26 para. 1 sentence 2 BDSG, but only on these provisions. The only exception is the consent of a whistleblower, insofar as the data subject wishes to intentionally or consciously disclose their identity to the employer or external body. In cases in which other persons (e.g. accused persons, witnesses) are named by whistleblowers, they must be informed of the identity of the whistleblower no later than one month after the report (Art. 14 para. 3 lit. a GDPR). If, despite this information, the whistleblower consciously and intentionally wishes to disclose their identity and the information is to be processed, this person's consent may be required. Therefore, before consent is given, the data subject must be informed of their right under Art. 7 para. 2 GDPR to withdraw their consent, but this is only possible up to one month after the notification has been made.
 - d) d) A more specific provision within the meaning of Art. 88 GDPR is Section 26 (1) sentence 2 BDSG (detection of criminal offences in the employment context).

§ 4 Data sources and data categories¹²

- (1) We process personal data that we have received as part of your contact through our whistleblower system.
- (2) Relevant personal data are personal details (name, address and other contact details).

§ 5 Storage period¹³


- (1) We process and store your personal data as long as it is necessary for the fulfilment of the HinSchG. In principle, data should be deleted within two months of the end of the investigation. Any storage beyond this is only permitted for the duration of the clarification of further legal steps required, such as disciplinary proceedings or the initiation of criminal

¹⁰ Art. 13 para. 1 lit. c) and Art. 14 para. 1 lit. c) DSGVO

¹¹ Art. 13(1)(d) and Art. 14(2)(b) of the GDPR - The legitimate interests must be specified.

¹² Art. 14 para. 1 lit. d) DSGVO (data category) and Art. 14 para. 2 lit. f) DSGVO (data source)

¹³ Art. 13 para. 2 lit. a) and Art. 14 para. 2 lit. a) DSGVO

3-7-w_AN	DSB, DSK	Datenschutzinformation für Hinweisgeber	
Version: 20.12.2023; V1		Data protection information for whistleblower	

proceedings. Personal data in connection with reports that are deemed unfounded by the organisational unit responsible for processing the report should be deleted immediately.


§ 6 Obligation to provide the data

(1) Whistleblowers are generally free to choose whether to contact an internal reporting centre or an external reporting centre of the authorities. In cases where effective internal action can be taken against the offence and you do not fear reprisals, you should prefer to report to an internal reporting office.

Our internal reporting channels are not completely anonymous (email or by leaving a message on an answering machine). Incoming messages are received and processed by two employees ("Reporting Centre Officers"). The confidentiality of whistleblowers and third parties is protected (§ 8 HinSchG).

§ 7 Automated decision making and profiling

(1) There is no fully automated decision-making in accordance with Art. 22 GDPR. We do not carry out automated processing of your personal data with the aim of evaluating certain personal aspects (profiling, Art. 4 No. 4 GDPR).

3-7-w_AN	DSB, DSK	Datenschutzinformation für Hinweisgeber Data protection information for whistleblower	
Version: 20.12.2023; V1			

Chapter III - Disclosure of data and foreign reference

§ 8 Recipients or categories of recipients

(1) Within our company, access to your data is granted to those offices that need it to fulfil our contractual and legal obligations. Service providers and vicarious agents employed by us may also receive data for this purpose if they comply with the applicable confidentiality obligations. These are companies in the categories of IT services, logistics, printing services, telecommunications, debt collection, advice and consulting as well as sales and marketing.

(2) The confidentiality of whistleblowers and third parties is protected (Section 8 HinSchG). Rights to inspect files in any criminal proceedings remain unaffected. Personal data of the accused person may be transmitted in accordance with Art. 6 para. 1 lit. f GDPR in conjunction with Section 24 para. 1 no. 1, last alternative BDSG for the prosecution of criminal offences.

(3) Further data recipients may be those bodies for which you have given us your consent to transfer data.

§ 9 Third country transfer

Data is transferred to bodies outside the European Union (so-called third countries) if this is necessary for the execution of the contractual relationship, if this is required by law or if you have given us your consent to do so.

Chapter IV - Data subject rights

§ 10 Special data protection rights

(1) Every data subject shall have the right to information pursuant to Article 15 of the GDPR, the right to rectification pursuant to Article 16 of the GDPR, the right to erasure pursuant to Article 17 of the GDPR, the right to restriction of processing pursuant to Article 18 of the GDPR and the right to data portability pursuant to Article 20 of the GDPR. Every data subject has the right to object in accordance with Art. 21 of the GDPR.

(2) With regard to the right to information and the right of deletion, the restrictions pursuant to Sections 34 and 35 of the Federal Data Protection Act (BDSG) shall apply.


(3) According to Art. 15 GDPR, the data subject, both the whistleblower and the accused person, is entitled to information about the personal data stored about them, also insofar as it relates to the origin and recipient. The accused person's right to information generally collides with an anonymous report intended for the reporting procedure with regard to the identity of the reporting person. However, there is no obligation to provide information if this is restricted by Union or Member State law for the prevention or detection of criminal offences or for the protection of the data subject or the rights and freedoms of others (Art. 23 para. 1 lit. d and lit. i GDPR). This restriction is regulated by Section 29 (1) sentence 2 BDSG, according to which the right to information does not exist if the information would disclose information that must be kept secret due to the overriding legitimate interests of a third party.

§ 11 Right of appeal

In addition to the previous information, you have the right to lodge a complaint with a competent data protection supervisory authority (Art. 77 DSGVO in conjunction with § 19 BDSG).


§ 12 Revocation of consent

(1) You can revoke your consent to the processing of personal data (right pursuant to Art. 7 para. 2 GDPR). Since the accused person must be informed of the identity of the whistleblower no later than one month after the report (Art. 14 para. 3 lit. a GDPR), the whistleblower can revoke their consent, but this is only effectively possible up to one month after the report has

3-7-w_AN	DSB, DSK	Datenschutzinformation für Hinweisgeber <i>Data protection information for whistleblower</i>	
Version: 20.12.2023; V1			

been made. This also applies to the revocation of declarations of consent given to us before the GDPR came into force, i.e. before 25 May 2018..

(2) Please note that the revocation only takes effect for the future. Processing that took place before the revocation is not affected.

3-7-w_AN	DSB, DSK	Datenschutzinformation für Hinweisgeber Data protection information for whistleblower	
Version: 20.12.2023; V1			

Information¹⁴ about your right to object according to Art. 21 DSGVO

§ 3 Right to object on a case-by-case basis

(1) Pursuant to Art. 21 DSGVO, you have the right to object at any time, on grounds arising from your particular situation, to the processing of personal data relating to you which is carried out on the basis of Art. 6(1)(e) DSGVO (data processing in the public interest) and Art. 6(1)(f) DSGVO (data processing on the basis of a balance of interests); this also applies to profiling based on this provision within the meaning of Art. 4 No. 4 DSGVO.

(2) If you object, your personal data will no longer be processed unless we can demonstrate compelling legitimate grounds for the processing which override your interests, rights and freedoms, or the processing serves to assert, exercise or defend legal claims.

§ 4 Right to object to processing of data for direct marketing purposes

(1) In individual cases, we process your personal data for the purpose of direct advertising. You have the right to object at any time to the processing of personal data concerning you for the purpose of such advertising.

(2) If you object to processing for direct marketing purposes, we will no longer process your personal data for these purposes.

The objection can be made without formalities and should preferably be addressed to:

BioConsult SH GmbH & Co.KG
– Widerspruch Datenschutz –
Schobüller Str. 36
D-25813 Husum

¹⁴ Art. 21 (4) GDPR - notice must be provided in a separate form.